Medienmitteilung

5. März 2024

Fünf westschweizer Kantone schliessen sich zusammen, um die Digitalisierung des Gesundheitssystems zu beschleunigen

Inkrafttreten einer interkantonalen Vereinbarung im eHealth-Bereich

Die Kantone Freiburg, Genf, Jura, Wallis und Waadt festigen ihre Zusammenarbeit in der Entwicklung des eHealth-Bereichs über eine interkantonale Vereinbarung. Zusätzlich zum elektronischen Patientendossier (EPD), das seit Mai 2021 vom Verband CARA zur Verfügung gestellt und von den fünf Vertragskantonen finanziert wird, stecken diese Kantone nun einen gemeinsamen Rahmen ab, mit dem sie zusammen neue digitale Dienste zugunsten der Versorgung der Patientinnen und Patienten fördern und entwickeln wollen. Eine solche Zusammenarbeit in diesem Bereich ist in der Schweiz einzigartig. Die Vereinbarung ist rückwirkend auf den 1. Februar 2024 in Kraft getreten, nachdem sie von den Vertragskantonen ratifiziert wurde.

Das elektronische Patientendossier (EPD), das vom Verband CARA seit nunmehr drei Jahren betrieben wird, ist durch das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier und durch das Bundesgesetz über den Datenschutz geregelt. Um andere eHealth-Dienste für eine verbesserte Gesundheitsversorgung und Koordination anbieten und betreiben zu können, braucht es ebenfalls gesetzliche Grundlagen. Die Kantone wollen mit ihrem gemeinsamen und innovativen Vereinbarungsentwurf ihre Zusammenarbeit im eHealth-Bereich vorantreiben und auf die Dauer sichern, kantonsübergreifend kohärente Tools einführen und ihre Kräfte in diesem Bereich, der sich in der vollen Entwicklung befindet, bündeln.

Mit der Vereinbarung wird nun ein genügend breiter Rahmen abgesteckt, in dem die nötigen eHealth-Dienste für die Bevölkerung und die Gesundheitsfachpersonen entwickelt werden können. Er bezieht sich vor allem auf die Daten und die datenverarbeitenden Organisationen, namentlich auf die Themen Datensicherheit und Datenschutz. Die Vertragskantone arbeiten im Übrigen bereits an verschiedenen Zusatzdiensten zum elektronischen Patientendossier. Beispiele hierfür sind der gemeinsame Medikationsplan, der einen vollständigen und aktuellen Überblick über die medikamentöse Therapie der Patientin oder des Patienten bieten soll, oder der gemeinsame Pflegeplan, mit dem die interprofessionellen Teams bei der Versorgung von chronisch Kranken oder von Patientinnen und Patienten in einer komplexen Gesundheitssituation unterstützt werden sollen.

Grosse Chancen in Bezug auf Patientendienstleistungen, Effizienz und Sicherheit.
Die eHealth-Entwicklung birgt für das öffentliche Gesundheitswesen ein enormes Potenzial. Den Bürgerinnen und Bürgern, Patientinnen und Patienten bietet die Entwicklung dieser Technologien die Möglichkeit, ihre persönlichen Gesundheitsdaten selbst zu verwalten und damit zu Akteurinnen und Akteuren ihrer eigenen Gesundheit zu werden. Über diese Tools können die Patientinnen und Patienten ihre Gesundheitskompetenz entwickeln und bei ihrer Versorgung selbst aktiv mitreden und

mitentscheiden. Zudem wird in dieser Vereinbarung verankert, dass die öffentlichen eHealth-Dienste für die Bevölkerung kostenlos sind.

Für das Gesundheitssystem bedeutet die Entwicklung dieser Technologien eine Verbesserung der Effizienz, Sicherheit und Versorgungsqualität im Hinblick auf eine bessere Kosteneindämmung. Diese Verbesserungen betreffen insbesondere chronisch Kranke oder Personen in einer schwierigen Situation, die einen hohen Bedarf in Sachen Koordination, Integration und Versorgungskontinuität aufweisen. Die Verbesserungen werden durch eine schnelle und zweckmässige Informationsübermittlung ermöglicht – mit der Patientin oder dem Patienten auf der einen und den behandelnden Gesundheitsfachpersonen auf der anderen Seite.

Interparlamentarisches Verfahren
Die interkantonale Vereinbarung im eHealth-Bereich wurde am 11. Mai 2023 von den Vorsteherinnen und Vorstehern der Gesundheitsdepartemente der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Wallis und Waadt unterzeichnet, nachdem sie einer interparlamentarischen Prüfungskommission unterbreitet worden war. Die interparlamentarische Kommission hatte die Vereinbarung nach einigen Änderungen einstimmig angenommen. Die unterzeichnete Vereinbarung wurde den Parlamenten der Vertragskantone unterbreitet, die sie allesamt im vergangenen Herbst ratifiziert haben.

Kontaktpersonen für die Medien

- **Jacques Gerber**, Wirtschafts- und Gesundheitsminister der Republik und des Kantons Jura, Präsident des Verbands CARA; 032 420 52 03, secr.sic@jura.ch
- **Philippe Demierre**, Staatsrat, Vorsteher der Direktion für Gesundheit und Soziales des Kantons Freiburg; 026 305 29 04
- **Pierre Maudet**, Regierungsrat, Vorsteher des Departements Gesundheit und Mobilität des Kantons Genf; über Cédric Alber, Kommunikationsverantwortlicher, 079 645 98 66, cedric.alber@etat.ge.ch
- **Mathias Reynard**, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur des Kantons Wallis; 027 606 50 90, SSP-MEDIAS@admin.vs.ch
- **Rebecca Ruiz**, Regierungsrätin, Vorsteherin des Departements für Gesundheit und Soziales des Kantons Waadt; 021 316 50 04; medias.sgdsas@vd.ch